



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 172'920
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 200.011
Abo-Nr.: 1093893
Seite: 4
Fläche: 22'686 mm²

Bundesrat setzt bei künftigen Klimazielen auf das Ausland

Das Reduktionsziel für Treibhausgase von 50 Prozent ist ehrgeizig und wird harsch kritisiert.

Martin Läubli

Der Ausstoss der Treibhausgase in der Schweiz soll bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 sinken. Dieses Ziel hat Umweltministerin Doris Leuthard gestern offiziell bekannt gegeben. Damit ist die Schweiz auf den ersten Blick ehrgeiziger als die EU. Allerdings will die Europäische Union ihr Reduktionsziel von 40 Prozent im Inland erreichen. Die Schweiz hingegen strebt an, 20 Prozent der Emissionen durch Klimaprojekte in Entwicklungsländern zu reduzieren. «Die Schweiz trägt zwar mit nur 0,1 Prozent der Emissionen wenig zum globalen Anstieg bei, trotzdem müssen wir international Flagge zeigen», sagte Umweltministerin Doris Leuthard gestern an der Medienkonferenz. Es wäre ethisch unkorrekt, abseitszustehen, zumal die Schweiz Produkte importiere, die bei der Herstellung viel Treibhausgase produzieren.

Für den Entwicklungs- und Umweltverband Klima-Allianz zeigt die Schweiz damit wenig Ehrgeiz. «Völlig inakzeptabel», sagt WWF-Klimaexperte Patrick Hofstetter, der die Allianz von 50 Organisationen koordiniert. Besonders enttäuscht ist die Vereinigung über das geplante Auslandengagement. Die Schweiz

senke damit die Emissionen im Inland ab 2020 um nur ein Prozent jährlich und falle hinter die EU und die USA zurück.

Der Bundesrat ist hingegen überzeugt, dass die Reduktionsziele im Ausland effizienter und kostengünstiger zu erreichen sind. In der Erklärung an das Sekretariat der UNO-Klimarahmenkonvention begründet er das Klimaziel mit den inländischen Umständen. Die Schweiz produziere den Strom praktisch ohne Emissionen von Treibhausgasen, und es gäbe keine starke Schwerindustrie. Das erhöhe die Kosten, um den Ausstoss des Treibhausgases CO₂ zu senken. Fortschritte bei den Energiesystemen der Gebäude und im Verkehr, wo das grösste Reduktionspotenzial vorhanden ist, sei nur langfristig zu erreichen. Bundesrätin Leuthard beteuerte bereits früher, dass nur schon das Reduktionsziel bis 2020 von 20 Prozent im Inland schwer zu erfüllen sei.

Keine Regeln für Klimaprojekte

Politisch steht das Engagement im Ausland auf einer schwachen Basis. Auch Leuthard musste zugeben, dass das Anrechnungssystem ausländischer Klimaprojekten Schwächen aufzeigt. Es gibt bisher keine Regeln, wie ausländische Zertifikate nach 2020 angerechnet werden. Die Schweiz setze allerdings alles daran, um das Verfahren im neuen Klimavertrag zu verbessern, sagt Franz Perrez, Leiter der Schweizer Delegation

an den Klimaverhandlungen. So hat die Schweiz an den Klimaverhandlungen in Genf Anfang Februar einen Vorschlag gemacht, wie doppelte Anrechnungen vermieden werden können. Denn bisher ist nicht geregelt, ob Auslandreduktionen im Auftrag der Schweiz nicht auch noch im Gastland verrechnet werden. Ob das bereits in den neuen Klimavertrag einfließen wird, ist unsicher. Auch der Wirtschaftsverband Swisscleantech hat vom Bundesrat «mehr Klarheit und Mut» erwartet und weist auf die Haltung von CEOs von Firmen wie Unilever und Swiss Re, die aktive Klimapolitik als Wachstumspolitik betrachteten und nicht als Hürde für eine prosperierende Wirtschaft.

Im Konzept von Swisscleantech sollen die Treibhausgase bis 2030 um 60 Prozent gesenkt werden, davon 45 Prozent im Inland. Sein Gegenspieler, die Economiesuisse, hingegen findet schon die angepeilten 30 Prozent des Bundesrats als unrealistisch.

Die Schweiz hat das Ziel im Rahmen der Klimakonvention bekannt gegeben - unter Vorbehalt, dass das Parlament damit einverstanden sein wird. Ein Entwurf zur entsprechenden Revision des CO₂-Gesetzes geht Mitte 2016 in die Vernehmlassung.



Infografik: So erhalten sie den Klimadurchblick

klimaziele.tagesanzeiger.ch